

Pressemitteilung

27. Dezember 2024
Seite 1 von 3

Nach dem Anschlag von Magdeburg: Bundesopferbeauftragter und Landesopferbeauftragte stehen Betroffenen zur Seite und koordinieren die Unterstützung bei einem „Runden Tisch“

Betroffene des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt erhalten sowohl vom Bundesopferbeauftragten, Pascal Kober, MdB, als auch von der Opferbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Gabriele Theren, Unterstützung. Beide haben am 23. Dezember 2024 ein erstes Rundtischgespräch abgehalten, um die Hilfe für die Betroffenen zu koordinieren. Dabei wurden sie vom Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt. Zahlreiche Betroffene des Anschlags vom 20. Dezember 2024 sind inzwischen auch bereits kontaktiert worden und haben Unterstützungsangebote erhalten.

Der Bundesopferbeauftragte Pascal Kober, MdB, erklärt:

„Für mich war es besonders wichtig, dass es nach dem furchtbaren Anschlag von Magdeburg gelungen ist, den größten Teil der Betroffenen schon zu erreichen. Wir wollten sie so schnell wie möglich wissen lassen, dass sie in dieser schwer zu ertragenden, für viele immer noch unfassbaren Situation nicht allein sind. Darüber hinaus arbeiten wir mit Hochdruck daran, auch diejenigen Betroffenen ausfindig zu machen, die wir bisher nicht kennen. Wir wollen ihnen sagen: Der Staat steht an ihrer Seite. Bund und Land arbeiten dabei Hand in Hand. Dabei möchte ich an dieser Stelle der Landesregierung von Sachsen-Anhalt meine ausdrückliche Anerkennung für ihr unermüdliches Engagement und meinen Dank für die gute Zusammenarbeit aussprechen. Auch weiterhin werden wir uns gegenseitig dabei unterstützen, um diejenigen, die unsere Hilfe möchten und brauchen, bei Seite zu stehen. Gemeinsam wollen wir den Betroffenen vergewissern, dass Unterstützung von

Bundesministerium
der Justiz
Pressestelle
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Tel.: 030/18 580-9090
Fax: 030/18 580-9525
presse@bmi.bund.de
www.bmi.de

Ministerium für Justiz und
Verbraucherschutz
des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 5676235
Fax: +49 391 5676187
mj.presse@sachsen-anhalt.de
mj.sachsen-anhalt.de

Seiten des Bundes und des Landes für sie verlässlich da ist; dies auch noch in den Monaten und Jahren nach der Tat.“

Die Opferbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Gabriele Theren, erklärt:

„Der Anschlag in Magdeburg hat tiefe Wunden in unserer Gesellschaft hinterlassen und die Betroffenen in eine Lage gebracht, die für viele unvorstellbar ist. Der Schutz und die Unterstützung der Opfer stehen im Mittelpunkt allen Handelns. Es ist unsere wichtigste Aufgabe, schnell, unbürokratisch und umfassend zu helfen. Dabei geht es um finanzielle Hilfe, psychosoziale Betreuung sowie fachliche Beratung. Zudem wollen wir die Betroffenen persönlich auf ihrem Weg zurück in den Alltag begleiten, der sich für viele leider von Grund auf verändert haben dürfte. Ich bin dankbar, dass wir in Sachsen-Anhalt auf eine starke Zusammenarbeit aller relevanten Akteure bauen können. Der Runde Tisch, an den Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Land, Hilfsorganisationen und anderen Institutionen eng zusammenarbeiten, ist zugleich ein Zeichen der Solidarität. Durch die Vernetzung aller Beteiligten stellen wir sicher, dass die Hilfsangebote passgenau und zielgerichtet dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Im Moment zeigt sich die Stärke unserer Gemeinschaft: Wir lassen niemanden allein!“

Die Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, Franziska Weidinger erklärt:

„Der feige und grausame Anschlag in Magdeburg erschüttert uns alle zutiefst. In einer Zeit, die von Besinnlichkeit, Frieden und Gemeinschaft geprägt sein sollte, wurde unschuldigen Menschen auf brutalste Weise Leid zugefügt. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen dieser abscheulichen Tat und ihren Angehörigen. Wir trauern mit denjenigen, die Schmerz und Verlust ertragen müssen. Den Verletzten wünsche ich von Herzen eine schnelle und vollständige Genesung. Magdeburg, Sachsen-Anhalt und ganz Deutschland dürfen und werden sich von solchen Taten nicht einschüchtern lassen. Der Zusammenhalt der Menschen ist die stärkste Antwort auf solche Taten. Der Anschlag hat uns schmerzlich vor Augen geführt, wie wichtig Gemeinschaft und Solidarität sind. Mein Dank gilt deshalb allen, die geholfen haben, gegenwärtig unterstützen oder noch helfen wollen. Es ist unsere menschliche und gesellschaftliche Pflicht, alles dafür zu tun, dass die Betroffenen in ihrer Not nicht alleine sind. Die Unterstützung der Opfer hat oberste Priorität. Mit dem sofort einberufenen Runden Tisch, der Hilfsangebote koordiniert und abstimmt, senden wir die klare Botschaft: Wir lassen die Betroffenen nicht allein, und wir

stehen als Gesellschaft zusammen, um in dunklen Stunden Hoffnung und Unterstützung zu ermöglichen.“

Das Hilfs- und Unterstützungsangebot der Opferbeauftragten von Bund und Land in Bezug auf den Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt umfasst zum gegenwärtigen Zeitraum insbesondere die folgenden Aspekte:

- **Psychosoziales Beratungstelefon:** Unter der kostenfreien Rufnummer 0800 000 9546 stehen psychosoziale Fachkräfte Betroffenen seit dem 21. Dezember 2024 rund um die Uhr unterstützend zur Seite. Betroffenen, deren Daten den Opferbeauftragten am 23. Dezember 2024 schon vorlagen, sind bereits per Anschreiben über das Beratungstelefon in Kenntnis gesetzt worden. Weitere Betroffene werden angeschrieben, sobald ihre Daten bekannt werden. Seit dem 24. Dezember 2024 wird die Rufnummer des Beratungstelefons zusätzlich im Magdeburger Stadtgebiet über digitalen Stelen angezeigt. Weitere Maßnahmen sind geplant, um das Angebot vor allem auch im ländlichen Raum bekannt zu machen.
- **Informationen der Betroffenen über Hilfsangebote und Vermittlung von Hilfsangeboten:** Betroffene des Anschlags erhalten von den Opferbeauftragten Informationen über die bestehenden Hilfsangebote. Sie werden auch bei der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten unterstützt. Dabei geht es sowohl um praktische als auch psychosoziale Hilfsangebote, wie die Vermittlung psychotherapeutischer Angebote oder die Vernetzung mit Krisendiensten und Beratungsstellen vor Ort.
- **Koordination und Vernetzung der Leistungsträger:** Mit dem einberufenen „Runden Tisch“ unterstützen die Opferbeauftragten die Koordination und Vernetzung der maßgeblichen Akteure bei der Unterstützung der Betroffenen. Sie stellen sicher, dass die Koordination der Hilfsangebote auch weiterhin gewährleistet ist. Bei dem ersten Rundtischgespräch am 23. Dezember 2024 waren unter anderem folgende Stellen vertreten: die im Bundesministerium der Justiz angesiedelte Geschäftsstelle des Bundesopferbeauftragten, die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, die im Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt angesiedelte Landeszentralstelle Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV), die zuständigen Ermittlungsbehörden, der Sozialen Dienst der Justiz des Landes Sachsen-Anhalt, das Landesversorgungsamt und das Landesschulamt Sachsen-Anhalt, die Unfallkasse Sachsen-Anhalt, die Notfallseelsorge und verschiedene Opferhilfeeinrichtungen. Die Rundtischgespräche sollen fortgesetzt werden.